

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 12000 Mk. pro Vierteljahr. — Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Am Röllnischen Platz 2.

Inserate: Die ungefaltene Kompartimentzeile ober deren Raum 20000 Mk.
Arbeitervermittlungen 10000 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 2000 Mk. pro Zeile.

Kritische Tage.

Dem Ministerium Cuno sind bei seiner Bildung im November 1922 reichlich Vorwurfsblätter gewidmet worden. Als ganz besonderer Gewinn wurde verzeichnet, daß nun in der Reichsregierung Fachmänner säßen, die, mit der Wirtschaft und ihren Bedürfnissen vertraut, dem deutschen Wirtschaftsleben wieder aufhelfen würden. Der Bourgeoisie graute vor sozialistischen Experimenten, worunter man die scharfe Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Staatswesens verstand. Nun hatte man ein sozialistisches Ministerium, von dem solche Experimente nicht mehr zu befürchten waren.

Man kann es dahingestellt lassen, ob die Ruhrbesetzung bei einer anderen Regierung vermieden worden wäre. Aber der schwere Vorwurf trifft die Regierung Cuno, daß sie den verzweifelten Abwehrkampf gegen den feindlichen Einsall in das Ruhrgebiet auf der Notpresse basierte. Das Prinzip der „Fachminister“ war die Schonung der Besitzenden. Die Steuerleistungen der Besitzenden waren dank der späten Zahlung und infolge der fortschreitenden Geldentwertung standalös niedrig. Es kam so weit, daß von den ins ungenüchliche gewachsenen Reichsausgaben nur noch 2 Prozent durch Steuereingänge und 98 Prozent durch den Druck neuer Banknoten befriedigt wurden.

Die Wirkung dieser „fachmännischen“ Wirtschaftspolitik, die durch eine gleichgerichtete Finanzpolitik der Reichsbank wirksam unterstützt wurde, war der Verfall der Mark, der ein immer rasenderes Tempo annahm. Um die letzte Jahreswende stand der Dollar auf etwa 7000. Im Durchschnitt des Monats Juni 1923 wurden die 100 000 überschritten. Mitte Juli lag der Dollar auf 200 000, und dann gab es in dem rasenden Abstieg kein Halten. Der Dollar stieg an manchen Tagen auf das Doppelte des Wertes, den er am Vortage hatte, bis Ende Juli war die Million überschritten. Am 6. August wurden 1,8 Millionen, am 7. August 3,3 Millionen, am 8. August 4,8 Millionen amtlich notiert, aber das Verlangen nach Devisen war so stark, daß auch 6 und 6 1/2 Millionen Mark für einen Dollar gezahlt wurden.

Das bedeutete den völligen Zusammenbruch, der überdies den breiten Massen sehr unmittelbar zum Bewußtsein gebracht wurde. Mit dem Dollar stiegen die Preise der Lebensbedürfnisse in ganz unheimlicher Weise. Die Löhne konnten auch dort, wo ihre Wertbeständigkeit vereinbart war, diesen Sprüngen nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit folgen. Dazu kam noch ein sehr empfindlicher Mangel an Lebensmitteln. Fette, wie Margarine und Schmalz, waren trotz der riesigen Preise kaum noch aufzutreiben. Es fehlte an Kartoffeln und sonstigen Nahrungsmitteln. Überall konnte man vor den Lebensmittelgeschäften lange Schlangen von wartenden Frauen sehen, die oft nach mehrstündigem Stehen mit leeren Händen abziehen mußten, weil die unzulänglichen Vorräte ausverkauft waren. Um das Übel voll zu machen, kam noch ganz plötzlich ein empfindlicher Geldmangel hinzu. An den maßgebenden Stellen war man von dieser sprunghaften Geldentwertung offenbar auch überrascht worden. Die Produktion von Papierscheinen war dem Bedürfnis nicht gefolgt, und diese Kalamität war verschärft worden durch die Beteiligung der Notendrucker in der Reichsdruckerei an einem mehrtägigen Streik der Buchdrucker. Vor den Banken gab es Anstimmungen, die noch größer waren als die vor den Lebensmittelgeschäften. Es war kein Geld für die Lohnzahlungen aufzutreiben, und sehr viele Arbeiter mußten am Zahlungstag mit leeren Händen heimgehen.

Daß diese Verhältnisse in den breitesten Massen eine ungeheure Erbitterung auslösten, ist begreiflich; um so mehr als die niederdrückende Wirkung der Vorgänge allgemein fühlbar, die Ursache jedoch nicht jedermann verständlich war. Jetzt erkennen auch die gesetzgebenden Faktoren, daß unverzüglich gehandelt werden müsse. Am 8. August trat der Reichstag zusammen, und mit beispielloser Schnelligkeit wurden schon am 10. August fünf Steuererlasse verabschiedet. Die Sozialdemokraten hatten ihr Steuerprogramm präsentiert, und im Augenblick der Not stellten die bürgerlichen Parteien ihre Steueransprüche zurück. Die Steuern wurden vom Reichstag größtenteils einstimmig beschlossen. Es handelt sich um die Erhöhung der Vorauszahlung der Einkommen- und der Körperschaftsteuer, und um die Abgabe aus Anlaß der Ruhrbesetzung, die im Zusammenhang mit dieser Vorauszahlung steht. Ferner um die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer und die Betriebssteuer, durch welche die Betriebsinhaber verpflichtet sind, den doppelten Betrag der Lohnsteuerbeträge wöchentlich zu entrichten. Dazu kommt eine entsprechende Besteuerung der Landwirtschaft. Diese Steuern sind schon vom 15. August an fällig und sollen im Laufe eines Monats 150 Billionen Mark abwerfen. Das ist aber erst ein Teil des sozialdemokratischen Finanzprogramms, der andere Teil, zu dem insbesondere auch die Sachwertverfassung gehört, soll auch mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden. Es handelt sich darum, jetzt schnell große Summen der Reichskasse zuzuführen. Damit kann der Lauf der Notpresse gebremst werden, wobei anzutreiben ist, sie völlig stillzulegen, um den Kurs der Mark zu bessern.

Die günstige Wirkung der Beschlüsse über die neuen Steuern kann sich natürlich nicht unmittelbar zeigen. Zunächst steht der Notstand vor dem damit die Erregung der Bevölkerung zu bekämpfen. Unter dem Eindruck dieser Verhältnisse trat die

sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 11. August zusammen und faßte einen Beschluß, der ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Cuno bedeutete. Ein solcher Beschluß wäre schon lange fällig gewesen. Die Schwierigkeit lag nur in der Frage, was dann geschehen soll. Wird die Reichsregierung von der Sozialdemokratischen Partei gestürzt, dann müßte diese eine neue Regierung bilden. Sie ist zwar die weitaus stärkste Partei des Reichstags, aber sie hätte, auch mit Unterstützung der Kommunisten, keine Mehrheit. Der Versuch, gegen die Mehrheit des Reichstags eine Regierung zu errichten, ist gleichbedeutend mit dem Versuch zur gewaltsamen Einführung der Diktatur, das heißt die Entfesselung des Bürgerkrieges, der Deutschland vollends in den Abgrund stürzt und voraussichtlich mit dem Siege der Reaktion enden würde. Dafür gibt es Beispiele aus der Geschichte der letzten Jahre. Auch eine Auflösung des Reichstags würde, abgesehen von den sehr triftigen Gründen, die dagegen sprechen, das Reich eine Reihe von Wochen hindurch ohne Volksvertretung zu lassen, das erstrebte Ziel, die Voraussetzung für die Bildung einer Arbeiterregierung, wahrscheinlich nicht bringen, aber die Gefahr gewalttätiger Zusammenstöße steigern. Das mag den Katastrophenpolitikern erwünscht sein. Solche Katastrophen bedeuten jedoch das Ende der Republik und für das deutsche Volk den Sturz in noch tieferes Elend ohne Aussicht auf eine Besserung. Zurzeit fehlen eben in Deutschland alle Voraussetzungen für eine Arbeiterregierung. Für die Sozialdemokratie blieb somit beim Sturz der Regierung Cuno nur die Wahl zwischen dem Eintritt in die Regierung der großen Koalition, die von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie reicht, oder aber sie mußte es den bürgerlichen Parteien überlassen, eine Regierung zu bilden unter Beteiligung der Deutschnationalen, die naturgemäß dann in dieser Regierung ausschlaggebend wären.

Vor eine solche Entscheidung gestellt, konnte die Wahl nicht schwer sein. Als die Regierung Cuno die Konsequenz aus dem Beschluß der Sozialdemokraten zog und am 12. August ihren Rücktritt erklärte, wurde der Führer der Volkspartei, Stresemann, zum Reichkanzler ernannt. Der neuen Reichsregierung gehören weiter an: Bizkaengler und Wiederaufbaumminister: Robert Schmidt (Soz.); Wirtschaft: v. Kaumer (Volksp.); Finanzen: Hilferding (Soz.); Inneres: Söllmann (Soz.); Justiz: Radbruch (Soz.); Arbeit: Brauns (Ztr.); Verkehr: Deseur (Dem.); Reichswehr: Geßler (Dem.); Ernährung: Luther (Volksp.). In das neu eingerichtete Ministerium für die besetzten Gebiete ist Fuchs (Ztr.) berufen. Das Außenministerium soll vorläufig vom Reichkanzler verwaltet werden.

Die Verantwortung der neuen Regierung und insbesondere der in ihr vertretenen Sozialdemokraten ist ungeheuer groß. Stimmungsmäßig besteht in der Arbeiterschaft eine starke Abneigung gegen das Zusammenarbeiten mit der Volkspartei, der Partei der Großkapitalisten. Das gilt auch für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Schwierigkeit der politischen Lage hat sie aber gezwungen, diese Hemmung zu überwinden. Daß die Reichsregierung dem sozialdemokratischen Finanz- und Steuerprogramm zugestimmt und der Reichstag einen energischen Anlauf unternommen hat, es durchzuführen, ist ein guter Anfang, aber er genügt nicht. Aus den Fehlern, welche die Sozialdemokratie bei ihrer früheren Tätigkeit in der Reichsregierung gemacht hat, wird sie hoffentlich jetzt lernen. Der sozialdemokratische Minister allein schafft es nicht, wenn er von Mitarbeitern umgeben ist, die ihr möglichstes tun, seine Absichten zu durchzusetzen. Hoffentlich bedeutet der Regierungswechsel auch einen starken Wechsel in der Besetzung der höheren Ämter. Die Arbeiterschaft wird sich mit der großen Koalition nur absinden, wenn sie entsprechende Leistungen sehen wird.

In den kritischen Tagen glaubte die Zeitung der Kommunistischen Partei die geeignete Gelegenheit gekommen, das Chaos herbeizuführen, von dem sie hofft, daß es sie zu dem erstrebten Ziele führen werde. Der Generalstreik ist in ihren Augen das Allheilmittel. Die ungeheure und nur zu berechnete Entrüstung der gesamten Arbeiterschaft ist besonders geeignet, die Stimmung zu erzeugen, in der der einzelne alles zerschlagen möchte. Wenn man in solcher Stimmung nur das Herz reden läßt und den Verstand zum Schweigen bringt, dann ist es leicht, Beschlüsse herbeizuführen, die vielleicht dem Gemüt eine Erleichterung bringen, aber von unabwehrbaren Folgen begleitet sein können.

Von der kommunistischen Partei wurde eine lebhafte Propaganda für den Generalstreik gemacht. Am 10. August fand eine von der Berliner Gewerkschaftskommission einberufene Sitzung statt, an der auch der Vorstand des VOBG, sowie die Vorstände der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei teilnahmen. Die Kommunisten wollten gern einen Beschluß für den Generalstreik zur Durchführung von Forderungen, an deren Spitze die Beilegung der Regierung Cuno stand. Als ihnen gesagt wurde, daß das, was an den Forderungen ernst zu nehmen ist, auch ohne Generalstreik möglich sei, war ihnen das gar nicht recht. Sie hätten gar zu gern die Gewerkschaften als Vorspann für ihre Pläne genommen. Das Ergebnis der Sitzung war ein gemeinsamer Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, welcher die von der Konferenz beschlossenen Forderungen und

die Mahnung zur Wahrung gewerkschaftlicher Disziplin enthielt.

Die Kommunisten gingen an die Propagierung des Generalstreiks. Am 11. August fand eine kommunistische Versammlung statt, die sich „Vollversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins“ nannte, aber selbstverständlich mit der gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale nichts gemein hat. Die kommunistischen Betriebsräte und ihr Reichsausschuss sind Organe der kommunistischen Partei und beschließen natürlich, wie die Zeitung der Partei vorschreibt. Diese verlangte Generalstreik, also wurde der Generalstreik beschlossen, der bis Dienstag, den 14. August, dauern sollte. Durch diesen Beschluß wurde erreicht, daß in einem Teile von Groß-Berlin die Gasherstellung unterbrochen wurde. Wegen Strommangel mußte die Straßenbahn den Betrieb einstellen, aber die Hoch- und Untergrundbahn arbeitete mit kurzen Unterbrechungen weiter, und der Eisenbahnbetrieb, sowohl der Fernverkehr als auch der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr erlitten überhaupt keine Störung. In zahlreichen Betrieben, besonders in der Metallindustrie, wurde gestreikt. Teils folgten die Arbeiter der kommunistischen Parole, zum Teil wurden sie von kommunistischen Stoßtrupps, mitunter unter Benutzung von Knüppeln, genötigt, „spontan“ die Arbeit einzustellen.

Wenn es der Zweck der Aktion gewesen wäre, eine größere Zahl von Arbeitern auf die Straße zu bringen, dann hätte die Streikparole ihren Zweck erreicht. Aber von einem Generalstreik konnte in Berlin beim besten Willen nicht gesprochen werden. Vergeblich bemühten sich die Arrangure der Aktion, die Gewerkschaften zur Beteiligung zu bewegen. Die verantwortlichen Leiter der Gewerkschaften sahen klar, daß ein wirklicher Generalstreik keinen anderen Erfolg haben könne als eine Bepfeilung des ohnehin auf der Arbeiterschaft lastenden Elends und blieben allen Überredungsstücken gegenüber unzugänglich. Ihr Verantwortlichkeitsgefühl ließ es nicht zu, den Arbeitern Ratsschläge zu erteilen, deren Befolgung nur Nachteile bringen konnte, und noch weniger waren sie geneigt, die Gewerkschaften als Prägelknaben zur Befugung zu stellen, auf welche die Schuld für das Mißlingen des schon bei seinem Beginn verfehlten Generalstreiks abgewälzt werden konnte.

Der kommunistische Generalstreik ist verpufft. Nicht nur in Berlin, sondern auch im übrigen Deutschland. Er war als eine Aktion im ganzen Reiche gedacht, aber die kommunistische Parole hat nicht viel Befolgung gefunden. Dieses Urteil wird dadurch nicht beeinträchtigt, daß da und dort eine stärkere Beteiligung erzielt wurde, daß es an manchen Orten zu Krawallen kam, bei denen es Lote und Berwundete gab. Diese Opfer sind vergeblich gebracht, denn derartige Aktionen können der Arbeiterschaft keinen Gewinn bringen. Die große Masse geht mit ehrlicher Begeisterung und in der Überzeugung in den Kampf, damit der Arbeiterschaft wirklich ein Dienst zu erweisen. Wer aufmerksam zusieht, erkennt aber leicht, daß die zentralen Stellen, die die Drähte ziehen, ganz andere Interessen verfolgen als die Förderung des Wohles der Arbeiter. Es sind Aktionen zur höheren Ehre der in Moskau herrschenden Gewalttäter. Die deutschen Arbeiter sind zu schade, um sie als Kanonenfutter zur Förderung der Zwecke der Moskauer Imperialisten verwenden zu lassen.

Im begreiflichen Ärger über das Mißlingen ihres Generalstreikplanes schimpft die kommunistische Zeitung. Den führenden Körperkassen der freien Gewerkschaften wird in der „Roten Fahne“ zum Vorwurf gemacht, eine „gemeine und niedrige Streikbruchpropaganda“ getrieben zu haben. Man braucht sich über diese Schimpferei nicht aufzuregen. Sie sind der Ausdruck der Wut darüber, daß die große Masse der deutschen Arbeiter den Paroleschwieben keine Befolgung geleistet hat. Die Gewerkschaften haben den Zweck, die Wohlfahrt der Arbeiter zu fördern. Sie gehen einem Kampfe nicht aus dem Wege, wenn es die Interessen der Arbeiterschaft erfordern. Die Generalstreikpropaganda in diesem Augenblick lag aber nicht im Interesse der deutschen Arbeiter, deshalb war es die Pflicht der Gewerkschaften, ihr entgegenzutreten. Es wünschen wäre nur, daß die Gewerkschaftsmitglieder mehr noch als diesmal auf den Rat ihrer Organisation hören.

Die Unfallversicherung im Jahre 1921.

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung wurden bisher in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ veröffentlicht. Für das Jahr 1921 wurde von einer Drucklegung dieser Berichte der Kosten wegen Abstand genommen. Es wurden nur einige summarische Zahlen veröffentlicht, doch ist es uns möglich gewesen, von amtlicher Stelle einen Abzug der Urchrift zu erlangen, auf den sich die folgenden Angaben stützen.

Als Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung bestanden im Jahre 1921 (die entsprechenden Zahlen für das Jahr 1920 sind in Klammern beigefügt) 67 (67) gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 14 (14) Zweiganstalten, 43 (45) land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, 133 (136) staatliche und 313 (343) kommunale Ausführungsbehörden. Die 67 gewerblichen Berufsgenossenschaften

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Juli 1923.

Die Entwertung des deutschen Geldes, gemessen am Dollarkurs, hat im Laufe des Monats Juli immer rasendere Fortschritte gemacht. Am Schlusse des Monats wurde der Dollarkurs mit mehr als 1 Million Mark bewertet, ein Stand, der in der Folge noch um ein Mehrfaches überholt wurde.

Grad wird noch von manchen anderen Momenten beeinflusst. So hat im Monat Juli der Beschäftigungsgrad der Industrie zwar eine Steigerung erfahren, aber keineswegs in dem Maße, wie man aus der Verschlechterung des Marktkurses schließen könnte, wenn beide Faktoren in einem bestimmten Verhältnis zueinander ständen.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Juli 1923.

Table with 15 columns: Berufszweig, Beschäftigte, Anzahl, Geschäftsgang (gut, befriedigend, schlecht), and Beschäftigungsgrad (Juli 1923, Juni 1923, Mai 1923). Rows include various wood products like Möbel, Bau- und Möbel, Weißer Möbel, etc.

umfaßten 805 251 (804 711) Betriebe mit durchschnittlich 10 403 147 (9 537 350) versicherten Personen oder 9 271 535 (8 447 565) Vollarbeitern. Hierbei werden je 300 Arbeitstage als ein Vollarbeiter gerechnet.

Table showing statistics for accidents (Unfälle) and deaths (Todesfälle) in 1921, 1920, and 1919, categorized by type of accident.

Da für den Gesamtbereich der Unfallversicherung eine genaue Zahl der Verletzten nicht festzustellen ist, läßt sich die Zahl der Verletzten mit der der Versicherten nicht in Beziehung bringen.

Table showing accident statistics (Unfälle) per 1000 employees for the years 1912 to 1921, including absolute numbers and relative rates.

Aus der Zahl der Vollarbeiter ist zu erkennen, daß der Beschäftigungsgrad der Vorkriegszeit im Jahre 1921 wieder erreicht war. Die Zahl ist größer als die des Jahres 1912 und fast so groß wie die des Jahres 1913.

Über die Folgen der als entschädigungs-pflichtig anerkannten Unfälle unterrichtet die folgende Zusammenstellung:

Table showing the consequences of accidents (Folgen der Unfälle) by year, including permanent and temporary disability statistics.

Die absoluten Zahlen sind im Jahre 1921 etwas höher als im Jahre 1920, doch zeigt sich bei der Reduktion der Zahlen auf 1000 Vollarbeiter, daß auch hinsichtlich der Unfallfolgen eine Besserung gegenüber 1920 eingetreten ist.

Erzweiligerweise hat die Zahl der verletzten weiblichen und jugendlichen Arbeiter gegenüber dem Vorjahr eine Minderung erfahren. Einen Nachweis über Alter und Geschlecht der Verletzten gibt die Statistik der Berufsgenossenschaften nicht.

Die hier angegebene Verschiebung in den Zahlen läßt kaum schließen, daß die Heranzunahme von weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte von gefährlichen Handlungen weicht.

An der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten Erhebung über den Beschäftigungsgrad waren 599 Betriebe mit 110 984 Arbeitern beteiligt. Das Ergebnis ist verhältnismäßig günstig.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Juli 1923.

Table showing unemployment statistics (Arbeitslosigkeit) by region (Gau) and month (Mai, Juni, Juli), including weekly working hours.

Arbeiter einen erschreckenden Umfang angenommen. Nach dem Kriege, als die geübten Arbeiter wieder in die Betriebe zurückkehrten, konnten die weniger geeigneten Arbeitskräfte

Table showing statistics for injured workers (Verletzte) by age group (Erwachsene, Jugendliche) and gender (männliche, weibliche).

Die Verbesserung des Beschäftigungsgrades hat auch eine Verminderung der Arbeitslosigkeit gebracht. Die Erhebung über den Umfang der Arbeitslosigkeit erstreckt sich über das gesamte Verbandsgebiet.

Table showing weekly working hours (Die wöchentliche Arbeitszeit) for different months and categories.

Verglichen mit dem Monat Mai, hat sich die Kurzarbeit beträchtlich vermindert, dagegen ist der Rückgang gegenüber dem Monat Juni nicht mehr bedeutend.

wieder von der Arbeit an den gefährdeten Stellen entbunden werden. Diese Umstellung vollzieht sich aber, wie aus der Statistik der verletzten Frauen und Jugendlichen ersichtlich, nur langsam.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Wertbeständige Betriebsparaffnen.

Unter diesem oder einem ähnlich klingenden Namen haben einige Großbetriebe Einrichtungen geschaffen, die den Arbeitern die Möglichkeit geben sollen, Papiermarkt wertbeständig anzulegen. Mancher wird solche Einrichtungen für ganz überflüssig halten, nicht etwa, weil die Arbeiter nicht sparen möchten, sondern weil sie dazu nichts übrig haben. Ihnen geht es, wenn auch aus einem anderen Grunde, wie dem Marschall in Goethes „Faust“, der beklagt: „Wir wollen alle Tage sparen und brauchen alle Tage mehr.“ Wenn hier vom Sparen die Rede ist, dann nicht in dem früher üblichen Sinne, daß Gelder auf die Sparkasse gebracht werden, um in Zeiten der Not und im Alter verlegt zu sein. Ein solches Sparen konnten die Arbeiter schon früher nicht; auch in den „besseren Zeiten“ reichte der Arbeitslohn gerade knapp hin zur Befreiung der allernotwendigsten Ausgaben eines Arbeiterhaushalts. Es handelt sich hier darum, daß dem Arbeiter, der wochen- und monatlang einen Teil seines Arbeitslohnes zurücklegt, um den Betrag zusammenzusparen, den er zur Anschaffung eines Bekleidungsstückes oder Haushaltsartikels braucht, die Möglichkeit gegeben wird, die vom Wund abgedarbteten Papiermarkt vor der Geldentwertung zu schützen. Heute ist es so, daß, wenn der Arbeiter endlich den beim Beginn des Sparens erforderlichen Kaufpreis für eine Ware zusammen hat, der Kaufpreis inzwischen um ein Vielfaches höher geworden ist. Zu seinem Schrecken muß der Arbeiter feststellen, daß er für seinen zu Hause im Schubladen gesparten Papiergeldbetrag statt der erhofften Schuhe nur noch ein Paar Schuhbänder kaufen kann.

Anders liegen die Dinge, wenn der Arbeiter sein Geld vor der Geldentwertung hätte schützen, was heißt wertbeständig anlegen können. Dazu schickte ihm aber jede Möglichkeit. Wenn er es auf die Sparkasse gebracht hätte, wäre es der Geldentwertung genau so verfallen, wie es der Fall ist, da er es zu Hause hat liegen lassen. Auch hierin sind die Unternehmer und sonstige Geldleute besser daran als der Arbeiter. Sie haben Möglichkeiten, ihr Geld vor der Geldentwertung zu schützen. Die einen kaufen Dividenden, die anderen Wertpapiere oder auch beides zugleich. Auf diese Weise erhalten sie ihrem Geld nicht nur die alte Kaufkraft, sie machen außerdem noch glänzende Geschäfte dabei. Zu solchen wertbeständigen Geldanlagen braucht man größere Summen, als dem Arbeiter zur Verfügung stehen, zum anderen gehören dazu gewisse Verbindlichkeiten, die der Arbeiter auch nicht hat. Aufgabe der Reichsregierung wäre es gewesen und ist es heute noch, auch für die Arbeiter wertbeständige Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Wie die Dinge heute stehen, ist im kürzester Zeit mit der allgemeinen Einführung der Goldrechnung zu rechnen, haben wir diese, dann erübrigen sich besondere Maßnahmen für wertbeständige Spargelassenheiten, weil dann jede Sparkasse die Möglichkeit dazu bietet.

Bei diesem Stand der Dinge ist die Frage berechtigt, ob es sich jetzt noch lohnt, daß die Betriebe wertbeständige Sparkassen schaffen. Sie hätten, sofern ihre Existenz als berechtigt überhaupt anerkannt wird, viel früher geschaffen werden müssen. Sie grundsätzlich abzulehnen, liegt jedoch nach unserer Meinung kein Grund vor. Ein Ideal sind sie nicht, wohl aber ein brauchbarer Nothelfer. Soweit wir unterrichtet sind, handelt es sich bei den Betriebsparaffen um völlig zwanglose Einrichtungen, kein Arbeiter ist verpflichtet, sich daran zu beteiligen, und durch die Beteiligung gerät der Arbeiter in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zum Betrieb. Die Beteiligung geschieht meistens in der Weise, daß die Sparer an den einzelnen Lohnzahlungstagen einen oder mehrere Stundenlöhne stehen lassen. Die so zusammengebrachten Gelder werden vom Betriebsrat und der Betriebsleitung gemeinsam wertbeständig verwaltet. Gewöhnlich werden dafür Wertpapiere gekauft. Die Aufwertung der Spareinlagen richtet sich nach der Wertsteigerung der gekauften Papiere. Es ist selbstverständlich, daß nur sogenannte solide Wertpapiere gekauft werden, wenn damit auch keine großen Gewinne erzielt werden, wie es bei manchen Spekulationspapieren manchmal der Fall ist.

Bei anderen Sparlassen richtet sich die Aufwertung nicht nach dem Kursstand der Papiere, sondern nach der jeweiligen Höhe des Stundenlohnes. Angenommen, ein Arbeiter hat am 1. Juli einen Stundenlohn von 10 000 Mark, am 20. Juli einen solchen von 20 000 Mark, und am 27. Juli einen solchen von 30 000 Mark, stehen lassen. Am 4. August verlangt er seine Einzahlungen zurück. Der Stundenlohn beträgt in dieser Woche 150 000 Mark, dann erhält der Arbeiter dreimal 150 000 Mark, gleich 450 000 Mark. Seine Einzahlungen betragen insgesamt 80 000 Mark, ausbezahlt bekommt er aber 450 000 Mark. Er hat aber nur Scheinbar einen Gewinn gemacht, denn für die 450 000 Mark erhält er am 4. August kein Gramm Margarine mehr, als er für seine 80 000 Mark bekommen hätte, wenn er an den einzelnen Lohntagen sofort gekauft hätte. Er hat also keinen Gewinn gemacht, sondern nur einen Betrag erhalten, der annähernd die gleiche Kaufkraft hat wie die gesparte Summe, wenn sie sogleich in Ware umgesetzt worden wäre. Hätte aber der Arbeiter die in drei Wochen zusammengeparten 80 000 Mark zu Hause liegen lassen, dann hätte er am 4. August nicht einmal den fünften Teil von dem Quantum erhalten, das er jetzt kaufen konnte.

Schon dieses eine Beispiel zeigt, wie notwendig es ist, daß auch für die Arbeiter wertbeständige Sparmöglichkeiten geschaffen werden. Wenn die Unternehmer hierzu die Hand bieten, liegt kein Grund vor, sie nicht zu ergreifen. Notwendig aber ist, daß die Sparlassen unter der Mitverwaltung des Betriebsrats gestellt werden. Die Beteiligung muß völlig zwanglos sein, und sie darf zu keinem Abhängigkeitsverhältnis zum Betrieb führen. Von den Arbeitern muß verlangt werden, daß sie, um zu einer Spareinlage zu kommen, nicht etwa Überstunden machen. Sie würden damit den Unternehmern eine wirksame Waffe gegen den Achtundentag und auch gegen die Forderung auf Lohn-erhöhung liefern.

Die neuen Postgebühren

Am 24. August ist ein neuer Postgebührentarif in Kraft getreten, dessen wichtigste Sätze wir nachstehend wiedergeben.

Postkarten, auch Ansichtskarten ..	Ortsverkehr	4 000 Mk.	8 000 Mk.
	Fernverkehr	8 000 Mk.	20 000 Mk.
Briefe bis 20 Gramm	Ortsverkehr	8 000 Mk.	20 000 Mk.
		über 20 bis 100 Gramm	12 000
		" 100 " 250 "	20 000
		" 250 " 500 "	25 000
Druckfachen bis 25 Gramm	Ortsverkehr	4 000 Mk.	8 000
		über 25 " 50 "	12 000
		" 50 " 100 "	20 000
		" 100 " 250 "	25 000
Geschäftspapiere bis 250 Gramm	Ortsverkehr	20 000 Mk.	30 000
		über 250 " 500 "	25 000
		" 500 " 1000 "	30 000
Paquete bis 3 Kilo	1. Zone bis 75 km	45 000 Mk.	90 000 Mk.
	" 5 " "	60 000	120 000
	" 8 " "	70 000	140 000
Für jedes weitere Kilo in der 1. Zone 10 000 Mk., in der 2. Zone 20 000 Mk. und in der 3. Zone 30 000 Mk. mehr.			
Postanweisungen bis 100 000 Mk.	Ortsverkehr	8 000 Mk.	12 000
		über 100 000 " 1 000 000 "	20 000
		" 1 000 000 " 2 000 000 "	25 000
		" 2 000 000 " 5 000 000 "	30 000
		" 5 000 000 " 10 000 000 "	40 000
		" 10 000 000 " 20 000 000 "	50 000
		" 20 000 000 " 30 000 000 "	60 000
Zahlkarten bis 100 000 Mk.	Ortsverkehr	2 000 Mk.	3 000
		über 100 000 " 1 000 000 "	5 000
		" 1 000 000 " 2 000 000 "	6 000
		" 2 000 000 " 5 000 000 "	8 000
		" 5 000 000 " 10 000 000 "	10 000
		" 10 000 000 " 20 000 000 "	12 000
" 20 000 000 " 30 000 000 "	16 000		
" 30 000 000 " 50 000 000 "	20 000		
" 50 000 000 " unbeschränkt	20 000		

Neue Lohnklassen in der Invalidenversicherung.

Durch eine Verordnung vom 9. August sind zu den bisherigen Lohnklassen neue hinzugefügt worden. Dadurch erhält die in den letzten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Liste die folgende Fortsetzung:

Lohnklasse	Jahresarbeitsverdienst Mk.	Wochenbeitrag Mk.	Steigerungsbetrag für jeden Wochenbeitrag Mk.
29	116 972 000 bis 111 240 000	37 000	5 211
30	" 111 240 000 " 126 360 000	42 000	5 940
31	" 126 360 000 " 150 000 000	50 000	6 909
32	" 150 000 000 " 180 000 000	58 000	8 250
33	" 180 000 000 " 228 000 000	72 000	10 200
34	" 228 000 000 " 288 000 000	92 000	12 900
35	" 288 000 000 " 360 000 000	114 000	16 200
36	" 360 000 000 "	140 000	19 800

Diese neuen Lohnklassen gelten vom 1. September. Gleichzeitig gilt für Versicherte der Lohnklassen 1 bis 13 die 14. Lohnklasse. Vom 1. September ab wird auch die Teuerungszulage bei der Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten von 360 000 Mk. jährlich auf 460 000 Mk. und bei den Waisenrenten von 180 000 Mk. auf 240 000 Mk. erhöht.

Änderungen in der Unfallversicherung.

Die Zulagen zu den Renten in der Unfallversicherung werden durch eine Verordnung vom 6. August in der Weise erhöht, daß die Renten von 33 1/3 bis 50 Prozent, sofern die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt war, von 21 870 000 Mk., bei einem weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiter von 11 664 000 Mk., im übrigen von einem Jahresarbeitsverdienst von 30 375 000 Mk. berechnet werden. Bei den anderen erhöhten Renten werden als Jahresarbeitsverdienst zur Berechnung der Rente 56 700 000 Mark, 34 020 000 Mk. und 77 700 000 Mk. angenommen. Eine weitere Verordnung vom gleichen Tage erhöht die Drittelungsgrenze auf 108 000 000 Mk., den Mindestbetrag des Sterbegeldes auf 7 500 000 Mk.

Der Anteil des Lohnes am Preise der Produkte

Die Vierteljahrsschrift „Die Wirtschaftskurve“ mit Inerzahlen der „Frankfurter Zeitung“ hat ein Preisauschreiben erlassen für die besten Beiträge zur exakten Erforschung der Frage, wie sich „Der Anteil des Lohnes am Preise der Produkte“ von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart entwickelt habe. Nunmehr wird das Ergebnis dieses Preisauschreibens bekannt. Es wurden vier Preise und drei Trostpreise verteilt. Unter den preisgekrönten Arbeiten befindet sich auch die unseres Kollegen B. Schliebener, des Redakteurs unseres „Fachblattes für Holzarbeiter“, über die entsprechenden Verhältnisse in der Möbelfabrik. Kollege Schliebener erhielt den dritten Preis in Höhe von 1,5 Millionen Mark.

Eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der eingesandten Arbeiten wird in dem Ende August erscheinenden Heft III (Jahrgang 2) der „Wirtschaftskurve“ mit Inerzahlen der „Frankfurter Zeitung“ zur Veröffentlichung gelangen.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 34. Wochenbeitrag für die Woche vom 19. bis 25. August 1923 fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Central-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Berlangt: Holzbildhauer (nicht.) nach Gleiwitz, Detmold i. L., Steinhilber, (mittl.) nach Oppeln, Stettin. Reflektanten wollen sich schriftlich wenden an P. Dupont, Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Korrespondenzen.

Neumünster. Die schlechte materielle Lage unserer Lehrlinge veranlaßte uns, energische Schritte beim Arbeitgeberverband einzuleiten. Nach vergeblichen Verhandlungen wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der nach mehrmaligen Sitzungen am 8. August einen Schiedspruch fällte, in dem die Lehrlingsentschädigung in ein Verhältnis zum Gesellenlohn gebracht wird. Es sollen erhalten die Lehrlinge im ersten Jahre $\frac{1}{10}$, im zweiten Jahre $\frac{1}{10}$, im dritten Jahre $\frac{1}{10}$, in der ersten Hälfte des vierten Jahres $\frac{1}{4}$ und in der zweiten Hälfte $\frac{1}{4}$ des Facharbeiterlohnes von 18 bis 20 Jahren. Für die Durchführung dieses Schiedspruches wird von uns alles getan werden.

Niederfelsberg. In einer gutbesuchten Branchenversammlung der Sägewerksarbeiter wurde Stellung genommen zum letzten Lohnabkommen. In einer einstimmigen angenommenen Resolution stellt die Versammlung erneut den Antrag auf Beseitigung der ungleichen und unsozialen prozentualen Staffelung zwischen Hilfsarbeiter und Schneidemüller, welche jetzt immer programmäßig durchgeführt wird. Dasselbe trifft auch zu bei den Mindestlöhnen und Altersklassen. Durch diese Unterschiede werden Unzufriedenheit und Bitterkeit erst in die eigenen Reihen hineingebracht, was wohl die Unternehmer wünschen, aber nicht im Interesse der Kollegen und auch der leitenden Stellen liegt. Ohnedies werden aber alle Kollegen durch die laufende Teuerung gleich belastet. Zur Durchführung dieser Forderung wird unser Kollege in der Lohnverhandlungskommission beauftragt.

Unsere Lohnbewegungen.

neue Lohnabkommen.

Im Landesbezirk **Württemberg, Baden** beträgt der Durchschnittslohn vom 9. bis 15. August in Ortsklasse II 200 000 Mk. Für den Landesbezirk **Bayern** wurde durch Schiedspruch für die Woche vom 11. bis 17. August der Durchschnittslohn für die II. Ortsklasse auf 300 000 Mk. festgesetzt.

Im Landesbezirk **Thüringen** beträgt der Durchschnittslohn vom 10. bis 16. August entsprechend der Reichsziffer 256 200 Mk. Für die Holzwarenfabriken gelten die gleichen Löhne.

Für den Landesbezirk **Freistaat Sachsen** wurde durch Schiedspruch für die Zeit vom 10. bis 16. August der Durchschnittslohn für die II. Ortsklasse auf 400 000 Mk. (einschließlich einer Teuerungszulage von 80 000 Mk.) festgesetzt.

Im Landesbezirk **Sachsen** beträgt der Durchschnittslohn für die Zeit vom 11. bis 17. August in der II. Ortsklasse 220 000 Mk. Dieser Lohn erhöht sich in den zwei nächsten Wochen entsprechend der Teuerung der Indeziffer des Breslauer Lohnamts. Für die Woche vom 4. bis 10. August wird eine Nachzahlung geleistet, die für Verheiratete 1 Million Mark beträgt.

In **Groß-Berlin** wurde für die Zeit vom 12. bis 18. August ein Durchschnittslohn von 260 350 Mk. vereinbart.

Im Landesbezirk **Ostpreußen** beträgt der Durchschnittslohn vom 10. bis 16. August entsprechend der Teuerung der Königsberger Indeziffer in der II. Ortsklasse 243 587 Mk.

Im Landesbezirk **Bremen, Oldenburg** beträgt der Durchschnittslohn vom 10. bis 16. August in der II. Ortsklasse 255 000 Mk.

Für den Landesbezirk **Rheinland-Westfalen** mußten infolge der Verkehrsperre die Verhandlungen für die beiden Gebiete wiederum getrennt geführt werden. Für das besetzte Gebiet wurde für die Zeit vom 13. bis 16. August ein Durchschnittslohn (einschließlich einer Teuerungszulage von 150 000 Mk.) von 650 000 Mk. in der I. Ortsklasse vereinbart. Für das unbefetzte Gebiet beträgt der Durchschnittslohn für die Tage vom 10. bis 13. August 300 000 Mk. und ab 14. August 450 000 Mk.

Im Landesbezirk **Rheingebiet** beträgt der Durchschnittslohn vom 13. bis 16. August in der I. Ortsklasse 500 000 Mk.

Im Landesbezirk **Hessen-Nassau (sädtlich) und Freistaat Hessen** wurde für die Woche vom 2. bis 8. August eine Nachzahlung vereinbart, die in der Spitze 70 000 Mk. pro Stunde beträgt. Vom 9. bis 15. August beträgt der Durchschnittslohn in der I. Ortsklasse 350 000 Mk.

Für die Säger in **Württemberg** wurde ab 12. August ein Spitzenlohn von 324 000 Mk. und für die in Baden ein solcher von 320 000 Mk. vereinbart.

Für die Säger in **Bayern** wurde ein Schiedspruch gefällt, der für die Zeit vom 11. bis 17. August einen Spitzenlohn von 280 000 Mk. bringt.

In der südthüringischen **Sägewerksindustrie** beträgt der Mindeststundenlohn vom 10. bis 16. August 200 000 Mk. in der Spitze.

Für die **oberhessische Sägewerksindustrie** wurde für die Woche vom 9. bis 15. August ein Spitzenlohn von 227 000 Mark vereinbart.

Für die Säger in **Thüringen** beträgt der Mindestlohn vom 10. bis 16. August 244 500 Mk. in der Spitze.

Für die Säger im **Freistaat Sachsen** beträgt der Durchschnittslohn ab 10. August 285 000 Mk. in der Spitze.

Für die Säger in **Rheinland-Westfalen** beträgt der Durchschnittslohn vom 13. bis 18. August in Ortsklasse I 610 000 Mk.

In **Berlin** wurde für die Musikinstrumentenindustrie eine Vereinbarung getroffen, die bis zum 16. August einen Vertragslohn von 341 335 Mk. in der Spitze bringt.

In **Orten und Umgegend** wurde für die Korbmacher mit Wirkung vom 6. August ein Akkordvertrag vereinbart. Der Akkordpreis für einen 100füßigen ovalen Fischkorb beträgt 55 300 Mk., für den Sedel 13 700 Mk. Diese Löhne erhöhen sich für die zwei nächsten Wochen entsprechend der Reichsindeziffer.

In **Rhingenthal** wurde für die Sarmontindustrie ab 11. August ein Spitzenlohn von 295 100 Mk. vereinbart. Für Durchspeißer beträgt der Mindestlohn 322 900 Mk.

In Leipzig beträgt in der Musikinstrumentenindustrie der Durchschnittslohn in der Zeit vom 9. bis 15. August 300 000 Mk. in der Spitze. Außerdem wird eine einmalige Teuerungszulage gezahlt, die für die erste Arbeitergruppe 3 500 000 Mk. beträgt.

In Swinemünde streiken die Tischler wegen Lohnunterschieden. Obwohl in dem Badeort Swinemünde die Lebensverhältnisse sehr teuer sind, wollen die Unternehmer nur 65 700 Mk. Stundenlohn zahlen.

Aus der Holzindustrie.

Unterwähler des Achtstundentages.

Wiederholt ist an dieser Stelle gegen die erwerbsmäßige Nebenarbeit vollbeschäftigter Arbeiter Front gemacht und auf den Schaden hingewiesen worden, der der Arbeiterschaft durch die Schwarzarbeit zugefügt wird. Vielleicht sind die Mitteilungen der Unternehmer über den Umfang der erwerbsmäßigen Nebenarbeit übertrieben; soviel steht aber fest, daß es noch immer zahlreiche Arbeiter gibt, die, wenn sie ihre acht Stunden Arbeit im Betrieb hinter sich haben, auf eigene Rechnung für dritte Personen weiterarbeiten. In der Beurteilung dieses Mißstandes sind wir mit den Unternehmern einig, nicht aber über die Gründe, die diese Arbeiter veranlassen, Nebenarbeit zu machen. Das in Stuttgart erscheinende „Zentralblatt für den deutschen Holzhandel“ schreibt in einem Aufsatz: „Bekämpfung der Nebenarbeit“, zum Schluß folgendes: „Im übrigen sei immer wieder daran erinnert, daß dieses, beinahe zur Epidemie gewordene Nebenarbeiten einen deutlichen Beweis dafür darstellt, wie wenig die Einführung des allgemeinen Achtstundentages einem wirklichen Bedürfnis entsprochen hat. Die Arbeiterschaft selbst gibt ihren „Wohlwählern“ die richtige Antwort, indem sie durch die Tat ausdrückt, daß ein gesunder Mensch in zahlreichen Berufen täglich erheblich länger als acht Stunden arbeiten kann und will. Namentlich die Sägewerke in landwirtschaftlichen Bezirken könnten ein Lied davon singen.“

Ganz klar ausgedrückt, heißt das, die Arbeiter sind Gegner des von den Gewerkschaften erlängten Achtstundentages, durch die Nebenarbeit wollen sie zeigen, daß sie länger arbeiten wollen und können. Die Unternehmer, die so reden, wissen sehr wohl, daß sie falsches Zeugnis ablegen, sie handeln aber nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Vielleicht gibt es im großen Heer der Arbeiter einige, die den Unternehmern den Gefallen tun und so denken, wie diese es wünschen. Die Unternehmer wissen so gut wie wir, daß die Arbeiter, die nach Feierabend für fremde Personen weiterarbeiten, dies aus materieller Not tun. Weil ihr Arbeitslohn nicht ausreicht zur Erhaltung der Familie, deshalb suchen sie sich durch Nebenarbeit einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen. Alle Schwarzarbeiter wären sicherlich froh, wenn sie sich nach getaner Arbeit im Betrieb ausruhen, die Freistunden ihrer Erholung, geistigen und beruflichen Bildung widmen könnten.

Was die Schwarzarbeiter veranlaßt, nach Feierabend weiterzuarbeiten, ist nicht der Wille, den Achtstundentag besitzigen zu helfen, sondern wirtschaftliche Not. Es ist aber ein großer Trugschluß, zu glauben, seine wirtschaftliche Lage durch Überarbeit im oder außerhalb des Betriebes verbessern zu können. Die paar Mark, die durch Nebenarbeit verdient werden, werden doppelt und dreifach aufgewogen durch den Schaden, den die Entwicklung der Lohnverhältnisse durch die Nebenarbeit erleidet. Mit Recht wird in dem Unternehmerblatt ausgeführt, daß durch die Nebenarbeit die Arbeitslöhne mit Naturnotwendigkeit gedrückt werden müssen. Was sich der Schwarzarbeiter durch Nebenarbeit verdient, büßt er auf der anderen Seite wieder ein. Aber nicht nur der Schwarzarbeiter hat schließlich nur Schaden von seiner Nebenarbeit, auch alle anderen Arbeiter müssen darunter leiden. Darum muß es Aufgabe aller Arbeiter sein, die erwerbsmäßige Nebenarbeit mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Schwarzarbeiter erschweren die Erringung günstiger Arbeitsverhältnisse, und zum anderen liefern sie den Unternehmern Agitationsstoff gegen den Achtstundentag.

Ausfuhrzoll für Rundholz in der Tschchoslowakei?

Gegenwärtig kommen für die deutsche Holzindustrie in erster Linie die Tschchoslowakei und Polen in Frage. Aber den Holzrindern beider Länder gehen die Meinungen auseinander. In Deutschland gibt es Stimmen, die der Meinung sind, daß wir aus beiden Ländern stets so viel Holz beziehen können, wie wir brauchen. Wir haben diese Hoff-

mung nicht. Vor allem wird die Rundholzeinfuhr, an der uns besonders sehr gelegen ist, auf große Schwierigkeiten stoßen. In der Tschchoslowakei wie auch in Polen sind Bestrebungen im Gange, die Rundholzausfuhr zu erschweren. Über die Stimmung in der Tschchoslowakei, der sich mit der tschchoslowatischen Holzindustrie im Juni 1923 beschäftigt. Der Verfasser, Dr. Otto Frejta, weist zunächst darauf hin, daß in keinem Monat zuvor die Holzindustrie so groß gewesen ist wie im Juni. Die heimische Holzindustrie leide aber an einer furchtbaren Krise. Die Ursache hierzu sieht der Verfasser in der starken Rundholzausfuhr; von den insgesamt 49 000 Waggons Holz, die im Juni zur Ausfuhr kamen, waren 42 000 Waggons Rundholz. Nach Deutschland sind von den 49 000 Waggons 34 654 gegangen, davon waren etwa 28 580 Waggons Rundholz. Diese Ausfuhrpolitik bedeutet für die Tschchoslowakei, daß wir also auf Kosten unserer Holzindustrie die deutsche Holzindustrie, welche sich ja auch nur künstlich unter vorsichtigem Schutz zolle für das Schnittmaterial entwickelt hat, mit Rundholz versorgen, welche das Holz zu weit niedrigeren Preisenkosten zu verarbeiten imstande ist und unserem Schnittmaterial dann auf allen Märkten die Abfahrmöglichkeiten erschwert oder wenigstens die Verdienste, welche unserer durch fast zwei Jahre mit Krisis kämpfenden Holzindustrie zugute kämen, selbst eintrudeln. Und dabei werden unsere Betriebe stillgelegt und Hunderttausende Arbeiter müssen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, anstatt zur produktiven Arbeit herangezogen werden zu können. Wäre es da nicht schon längst geboten, gegen Deutschland die selben Mittel anzuwenden, von welchen es gegen uns schon seit Jahrzehnten Gebrauch macht, und die Ausfuhr von unbearbeitetem Holz mit Ausfuhrzoll zu belasten, welcher die Unterschiede in den Verschneidkosten ausgleichen kann. Hoffentlich wäre dann Deutschland auch mehr geneigt, seine prohibitiven Schutzzölle aufzuheben, was für die weitere Entwicklung unserer Industrie von großer Wichtigkeit wäre.

Es wäre sehr verkehrt, anzunehmen, daß Dr. Frejta mit seiner Forderung nach Erhöhung der Rundholzausfuhr allein stehe. Angesichts der trostlosen Lage in der tschchoslowatischen Holzindustrie hat der Ausfuhrzoll auf Rundholz zahlreiche Freunde. Ihr Verlangen ist begründlich, und doch hoffen wir, daß es nicht zur Durchführung komme. Es wird aber nur dann verhütet werden können, wenn Deutschland der Tschchoslowakei entgegenkommt. Die Regierungen müssen versuchen, zu einer Verständigung über die Zollfragen zu kommen. Nur durch eine Verständigung wird ein Zustand erreicht werden können, der beiden Völkern zum Nutzen gereiche.

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaften in der Tschchoslowakei.

Die Tschchoslowakei ist ein Nationalitätenstaat, der vom alten Österreich die böse Erbschaft des Streitens zwischen den das Land bevölkernden Nationen übernommen hat. Der nationale Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen hat schon im alten Österreich zu unliebsamen Kämpfen auch in der Gewerkschaftsbewegung geführt, und mit der Errichtung der tschchoslowatischen Republik, in der die Tschechen das Herrenvolk sind, hat der Gegensatz zwischen deutsch und tschechisch auch in der Arbeiterbewegung womöglich noch schärfere Formen angenommen. Nur sehr langsam bahnt sich ein Ausgleich an. Die Gewerkschaften in der Tschchoslowakei sind nicht nur nach politischen, sondern auch nach nationalen Gesichtspunkten gespalten. Die deutschsprachigen Gewerkschaften haben sich im Jahre 1919 zum Deutschen Gewerkschaftsbund für die Tschchoslowakei zusammengeschlossen. An ihrer Spitze steht die Zentralgewerkschaftskommission mit dem Sitz in Reichenberg in Böhmen, die jetzt ihren Jahresbericht für 1922 herausgibt.

Das Jahr 1922 war der Gewerkschaftsbewegung wenig günstig. Der Gewerkschaftsbund, der im Jahre 1919 mit 130 000 Mitgliedern ins Leben trat, steigerte diese Zahl bis zum Schluß des Jahres auf 219 000 Mitglieder. Ende 1920 war der Höhepunkt mit 403 211 Mitgliedern erreicht. Seither geht die Mitgliederzahl zurück, auf 364 554 Ende 1921 und Ende 1922 waren es nur noch 285 376, darunter 76 766 weibliche. Die Mitglieder verteilen sich auf 24 Berufsverbände. Der stärkste ist der Textilarbeiterverband mit 71 313 Mitgliedern, die Bergarbeiter haben 31 302, die Metallarbeiter 30 081 Mitglieder. Alle anderen Verbände sind kleiner. Der Verband der Holzarbeiter zählt in 94 Verwaltungsstellen 7037 Mitglieder, darunter 1234 weibliche.

Der starke Mitgliederverlust, an dem auch der Holzarbeiterverband mit 20,94 Prozent beteiligt ist, wird zum größten Teil auf die Wirtschaftskrise zurückgeführt. Bekanntlich hat die Stabilisierung der tschechischen Krone eine starke Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt, unter der das Land auch jetzt noch schwer leidet. Schuld an dem Mitgliederverlust trägt auch, wenn auch nur zum geringeren Teil, die kommunistische Spaltungsarbeit. Von den in Folge der kommunistischen Wählerei Abgesprungenen ist aber nur ein Bruchteil den kommunistischen Gewerkschaften beigetreten. Die Mehrzahl ist unorganisiert oder zu den Selbsten gegangen. Der tschechische Gewerkschaftsbund hat übrigens unter der kommunistischen Wählerei weit stärker gelitten, seine Mitgliederzahl ist von 780 000 auf 400 000 zurückgegangen.

Die Kommunisten haben, da ihnen die Eroberung der Gewerkschaften nicht gelang, eigene kommunistische Gewerkschaften gegründet. In der tschechischen Gewerkschaftsbewegung hat sich aus dem früheren Verband der chemischen Arbeiter der „Internationale Allgewerkschaftliche Verband“ gebildet, dem auch aus den deutschen Gewerkschaften die austretenden Kommunisten beitreten, soweit sie nicht, und das ist der größere Teil, jeder Organisation fernbleiben. Daneben bestehen noch einige kommunistische tschechische Gewerkschaften, die jedoch Gegner der kommunistischen „Allgewerkschaft“ sind. Daß auch die Kommunisten vom Nationalitätenstreit nicht verschont sind, zeigt das Beispiel der deutschen kommunistischen Textilarbeiter, die es ablehnen, sich mit der tschechischen kommunistischen Textilarbeiterorganisation zu verschmelzen.

Es sind Bemühungen im Gange, die auch vom Internationalen Gewerkschaftsbund gefördert werden, den nationalen Gegensatz zu überbrücken. Vom deutschen Gewerkschaftsbund in der Tschchoslowakei ging der Vorschlag aus, unter Beibehaltung der Selbständigkeit der beiderseitigen Organisationen gemeinsame Körperschaften an der Spitze der Landesorganisationen, der einzelnen Verbände und auch der örtlichen Zweigstellen zu schaffen. Zu diesem Vorschlag haben sich die tschechischen Organisationen noch nicht geäußert. Es haben übrigens im Berichtsjahre Zusammenkünfte zwischen den deutschen und tschechischen Spitzenorganisationen stattgefunden unter Teilnahme der tschechischen nationalsozialistischen Gewerkschaftszentrale, in welcher eine Verständigung über eine einheitliche Aktion gegen die Wirtschaftskrise vereinbart wurde.

Überzig Jahre Zimmerer-Verband.

Am 19. August 1923 konnte der Zentralverband der Zimmerer auf eine vierzigjährige Geschichte zurückblicken. Die ersten Versuche einer zentralen Zusammenfassung der Zimmerer fallen in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1868 erfolgte die Gründung des Allgemeinen Deutschen Zimmerer-Vereins, der, wie auch die 1873, 1875 und 1876 gegründeten Organisationen, der politischen Auflösung verfiel. Mit dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes wurde den Bestrebungen auf Errichtung und Erhaltung von Gewerkschaften zunächst ein Ende gemacht. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen ließen sich aber nicht unterdrücken. Wie in anderen Gewerben, kam es auch im Zimmerergewerbe bald wieder zum Zusammenschluß der Arbeiter. Am 19. August 1883 wurde der Verband Deutscher Zimmerleute gegründet, der später den Namen Zentralverband der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen erhielt. Im ersten Jahre seines Bestehens zählte der Verband etwa 2000 Mitglieder, heute über 100 000. Fast der letzte Zimmerer gehört dem Verband an.

Im Kürschnerverband hat die vorgenommene Urabstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiter-Verband ergeben. An der Abstimmung haben sich 46 Prozent der Mitglieder beteiligt, 4656 Mitglieder stimmten für die Verschmelzung, 1037 dagegen.

Literarisches.

Preisabbau und steigende Leistungsfähigkeit (Finanzpolitische Zeitfragen, Heft 4, Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Volkswirtschaft). Mit Beiträgen von P. Hoff, W. Kerpelberg, W. Siering, Dr. Dietz und Dr. Quard. Grundpreis 75 Pf. Verlag von Ernst Reinhold Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart.

Die Dachkonstruktionen, zum Gebrauch für Techniker, Bauhandwerker, Bauhelfer usw. und zum Selbststudium. Von Architekt G. C. Holland. 2. Auflage, mit 571 Figuren und lithographischen Tafeln mit 37 Einzelansichten. Verlag J. W. Gerdhards Verlag, Leipzig, Talstraße 7. Grundpreis 6 Mk.

Der Verfasser behandelt in ausführlicher Weise die vielartigen Dachkonstruktionen, er beschränkt sich dabei nicht auf theoretische Erklärungen, sondern er gibt Anleitung zur praktischen Ausführung.

Geforbene Mitglieder:

- Augsburg: Joh. Zepf, Schreiner, 2 J.
- Straßburg: A. Toms, 50 J.
- Berchtesgaden: A. Augustin, Tischler, 49 J.
- Weggen, 60 J.
- Frankfurt a. M.: E. Richard, Tischler, 48 J.
- Frankfurt: Emil Eisdler, 47 J.
- Frankfurt: Carl Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.
- Frankfurt: G. Schaefer, 47 J.

Lüdicke Möbeldreiner
für feine farnierte Möbel und einen **Malchindredreiner**, für die Holzbelegmaschinen bedienung, für dauernde Beschäftigung geeignet. Nur echte Kräfte können in Frage. Kabinettwerkstatt Schöneberg, Emanuel Schaefer, Schöneberg, Dort. - Tel. 23.

Ein Stuhlbaier, selbständig arbeitend, ledig, stellt ein Baumeister S. Schneider, Bernsdorf, Oberlausitz.

Fräser für Ban und Möbel, nur erste Kraft, sofort gesucht. Telefon 29. C. B. Sonnberg & Söhne, Peine in Hannover.

Ralfenmacher für Holz, selbständige Arbeit, tüchtig, sucht eine Baumeister S. Schneider, Bernsdorf, Oberlausitz.

Tüchtige Drechsler für Holz, tüchtig, selbständig arbeitend, sucht eine Baumeister S. Schneider, Bernsdorf, Oberlausitz.

Zwei tüchtige Korbmacher auf verbleibende Arbeit stellen bei Lucienhof ein Bauer & Coepmann, Straßburg.

Eiserne Zienklingshobel
Ers.-Eisen, Schabohbel, Schiffs- hobel, Simshobel, Raubhobel, Bohr- steinbohrer, Däbelbohrer, Däbel- steinbohrer, Leimkratzer, Furniersägen, gekr. Feinsägen usw. lief. z. konkurrenzlos. Preis M. Walter, Dresden, Rehfelder Straße 53.

Für jeden Tischler!
Kantenabrunder Gah (3 Rundgrößen) ein Künstel Goldmark gegen Nachn. V. Kreuzer, Erdendorf i. N. Sächs. Ber. Hier liefert geschmackvolle Entwürfe für **Haarschnitten** (Spangen und Stecker) bei laufender Abnahme? Angeb. u. G. S. 407 a. d. Exp. d. Zig.

Fräser! Bandsägeblätter
sowie sämtliche Werkzeuge in bester Qualität liefern sofort **W. Ziemprich & Sohn, Dresden-A. 1.** Josephinenstraße 22.